

VERANSTALTUNG:

INTIFADA UND DIE MEDIZINISCHE VERSORGUNG IM BESETZTEN PALÄSTINA

Medizin trotz Besatzung

Um über das Leben in Westbank und Gaza-Streifen Informationen aus erster Hand zu bekommen, haben Palästina-Solidaritätsgruppen aus verschiedenen Evangelischen Studentengemeinden eine Delegation aus den 1967 besetzten Gebieten zu einer Rundreise durch Deutschland eingeladen. Die Delegation besteht aus je einem Mann oder einer Frau aus:

- Gesundheitswesen
- Gewerkschaft
- Frauenkomitee
- Bildungswesen

Am **23.** November 1990 wird die Delegation in Darmstadt sein. Das Thema unserer Veranstaltung ist "Medizin trotz Besatzung". Neben der aktuellen Lage wollen wir besprechen, wie die Arbeit in den Gesundheitskomitees aussieht, wie diese in die anderen gesellschaftlichen Bereiche eingebettet ist und welche Möglichkeiten wir haben, die Arbeit der Komitees sinnvoll zu unterstützen.

23. NOVEMBER 1990, 20⁰⁰ Uhr

Evangelische Studentengemeinde
Roquetteweg 15
6100 Darmstadt
(linkes Gebäude, Seminarraum)

Veranstalter: Komitee zur Unterstützung der Intifada
Evangelische Studentengemeinde Darmstadt
Die arabische Generalunion Darmstadt und
Der Ausländerausschuß der THD Darmstadt sowie der FHD .

MEDIZIN TROTZ BESATZUNG

Seit 1967 sind Westbank und Gazastreifen von israelischen Truppen besetzt. Dies prägt jeden Bereich des Lebens in den besetzten Gebieten, so auch das Gesundheitswesen. Im Lauf der Besatzungszeit hat die Militärverwaltung das Gesundheitswesen weder erweitert noch modernisiert, gesundheitspolitische Programme wurden nicht einmal aufgestellt, geschweige denn verwirklicht.

Die Folgen sind fatal: 1986 gab es für ca. 1.400.000 Palästinenser und Palästinenserinnen nur 870 Krankenhausbetten, z.Bsp. in Hebron nur ein Krankenhaus mit 50 Betten für 200.000 Menschen. Die wenigen Arztpraxen sind schlecht ausgestattet, die palästinensischen Familien haben oft zu wenig Geld für eine gesunde Ernährung, medizinische Untersuchungen und Medikamente. Die israelischen Behörden senkten (!) die Investitionen im Gesundheitsbereich von 35 auf 20 US-\$, während die Preise für medizinische Maßnahmen um durchschnittlich 50% stiegen.

Vor dem Hintergrund dieser Besatzungspolitik, die die Einwohner zum verlassen des Landes bewegen soll, griffen Menschen aus dem medizinischen Bereich zur Selbsthilfe: Ärzte und Ärztinnen, sowie andere Angehörige von medizinischen Berufen gründeten 1985 die Popular Committees for Health Service (PCHS). Die Arbeit in diesen Gesundheitskomitees ist ehrenamtlich, der Schwerpunkt liegt in der Basismedizin: Möglichst vielen Menschen soll eine möglichst breite medizinische Grundversorgung gesichert werden.

Ein Gesundheitserziehungsprogramm für Schulen wurde entwickelt. Um es verwirklichen zu können, bauten die Komitees ein regionales und ein internationales Unterstützungsnetz auf. Mit Veranstaltungen, Flugblättern und Kursen verbessern die Komitees das Gesundheitsbewußtsein der Erwachsenen. Die medizinische Versorgung in den ländlichen Gegenden und in den Flüchtlingslagern zu verbessern ist Ziel von 29 Gesundheitsposten (permanent clinics). Die "mobile clinics", wie der Besuch in Dörfern und Lagern heißt, ergänzen die Arbeit der Posten.

Der Ausbruch der Intifada stellte die Gesundheitskomitees vor neue und schwierige Aufgaben. Die "Politik der Eisernen Faust", die die israelischen Besatzer verfolgen, verursacht eine Unzahl von schweren Verletzungen. Nach Angaben der UNWRA wurden allein in den ersten 19 Monaten der Intifada über 31.000 Palästinenser und Palästinenserinnen verletzt. Im Gaza-Streifen waren 34% der Verletzten unter 15 Jahre alt. Die Gesundheitskomitees reagierten mit dem Aufbau eigener Ambulanzen, da viele Verletzte in israelischen Krankenhäusern entweder nicht versorgt werden oder sogar vor der Versorgung verhaftet und verhört werden - mit schwersten Verletzungen. Systematische Blutgruppenbestimmungen sollen Hilfe auch bei starken Blutungen, z.Bsp. durch die zahlreichen Schußwunden, möglich machen.

Die Bedeutung und der Erfolg der Gesundheitskomitees zeigt sich auch darin, daß die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen selber Ziel israelischer Verfolgung geworden sind.